

Zum Tatverdacht im Einzelnen

Es bestand der Verdacht,

A.) **MMag. T**** S****** habe zu einem noch festzustellenden Zeitpunkt im Zeitraum von Sommer 2017 bis Sommer 2018 in Wien als Kabinettschef und (zunächst koordinativer bzw. mit Weisungsbefugnis ausgestatteter) Generalsekretär im Bundesministerium für Finanzen und ab 8. Jänner 2018 als unmittelbarer Vorgesetzter aller Sektionsleiter im BMF und Vorgesetzter aller nachgeordneten Dienststellen, sohin als Beamter mit dem Vorsatz, dadurch die Republik Österreich an ihren Vermögensrechten durch vollständige Steuereinhebung, in ihrem Recht auf Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß § 114 Abs 1 BAO und auf objektive ausschließlich an sachlichen Kriterien orientierte steuerliche Prüfung im Rahmen der Finanzverwaltung zu schädigen, seine Befugnis, im Namen des Bundes als dessen Organ in Vollziehung der Gesetze Amtsgeschäfte vorzunehmen, nämlich seine Befugnis zur zusammenfassenden Behandlung aller zum Wirkungsbereich des BMF gehörenden Geschäfte und zur Erteilung von Weisungen an die ihm untergebenen Beamten und Dienststellen, wissentlich missbraucht, indem er SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA und andere bislang unbekannte Mitarbeiter des BMF aus unsachlichen Beweggründen kontaktierte und aufforderte, sich parteilich zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung dafür „einzusetzen“, dass die Stiftung möglichst nicht steuerlich geprüft werde, oder zumindest den Prüfungsausgang zugunsten der Stiftung zu beeinflussen, wobei ein nicht exakt bestimmbarer aber 50.000 Euro jedenfalls übersteigender Schaden herbeigeführt wurde;

B.) **Mag. W**** S****** war verdächtig, zu einem noch festzustellenden Zeitpunkt im Zeitraum von Sommer 2017 bis Sommer 2018 in Wien **MMag. T**** S****** zu der unter Punkt A.) beschriebenen strafbaren Handlung bestimmt bzw. beigegeben zu haben, indem er diesen kontaktierte und aufforderte, er solle sich parteilich zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung dafür „einsetzen“, dass die Stiftung möglichst nicht steuerlich geprüft werde, oder zumindest den Prüfungsausgang zugunsten der Stiftung beeinflussen, wobei er es für gewiss hielt, dass **MMag. T**** S****** dadurch seine Befugnisse zumindest bedingt vorsätzlich missbrauchen würde, und er darüber hinaus es ernstlich für möglich hielt und sich damit abfand, dass durch diese Tat ein 50.000 Euro übersteigender Schaden herbeigeführt werde.

Demnach war **MMag. T**** S****** verdächtig, das Verbrechen des Missbrauchs der Amtsgewalt nach § 302 Abs 1 und Abs 2 zweiter Fall StGB begangen zu haben, während **Mag. W**** S****** im Verdacht stand, das Verbrechen des Missbrauchs der

Amtsgewalt als Bestimmungs- und sonstiger Beitragstäter nach §§ 12 zweiter und dritter Fall, 302 Abs 1 und Abs 2 zweiter Fall StGB begangen zu haben.

Zu den Sachverhaltsannahmen

Dr. E**** P**** wurde am **** 19** im niederösterreichischen R**** geboren und war in der Zeit vom 22. Oktober 1992 bis 19. April 2017 Landeshauptmann von Niederösterreich (vgl. Biografie zu Dr. E**** P**** auf der Homepage des Parlaments).

Anlässlich seines 60sten Geburtstages erhielt Landeshauptmann Dr. E**** P**** von anonymen Spendern 150.000 Euro, die er rund 10 Monate später als Stiftungsvermögen in die Dr. E**** P**** Privatstiftung, FN 3****, einbrachte. Diese wurde mit Notariatsakt vom 27. Oktober 2007 nach dem Privatstiftungsgesetz errichtet. Der Stiftungssitz befand sich in R****, politische Gemeinde Z****; als Geschäftsanschrift war im Firmenbuch die Adresse des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung L**** 1, 3**** St. P**** angeführt (vgl. offenes Firmenbuch und Internet).

Vertretungsbefugte Stiftungsvorstände waren beginnend mit 1. Dezember 2007 jeweils gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied Dr. E**** P****, Mag. E**** H**** und J**** C**** (vgl. offenes Firmenbuch).

Die Stiftung hatte laut Stiftungsurkunde den Zweck der Förderung des kulturellen Lebens, des sozialen Zusammenlebens im ländlichen Raum und des harmonischen Zusammenlebens von Generationen durch Förderung von

- Projekten und Initiativen, die kulturelle Traditionen pflegen und weitere entwickeln, soziales Engagement unterstützen und den Interessen der kommenden Generationen nachhaltig dienen;
- Projekten und Initiativen, die für die Verbindung von Tradition und Innovation beispielhaft sind;
- Projekten und Initiativen, die den ländlichen Raum als Raum für Kreativität und kulturellen Dialog weiterentwickeln;
- Projekten und Initiativen, die für das Zusammenleben von Generationen vorbildlich sind.

Als Mittel zur Erreichung des Zwecks waren unter anderem die Durchführung von Projekten und die finanzielle Unterstützung von entsprechenden Einrichtungen und Projekten angeführt. Die Mittel zur Erreichung des Stiftungszwecks konnten ausdrücklich auch aus Subventionen stammen. Dem Privatstiftungsgesetz entsprechend war zwingend ein qualifizierter Stiftungsprüfer einzusetzen.

Nach ihrer Errichtung wurde der Privatstiftung von den Finanzbehörden der Status der steuerlichen Gemeinnützigkeit zuerkannt. Gemeinnützige Privatstiftungen werden in Österreich im Vergleich zu eigennützigen Privatstiftungen eher selten errichtet.

In den Jahren 2008 bis 2016 stellte die Dr. E**** P**** Privatstiftung unter Anführung des in der Stiftungsurkunde angeführten Zwecks insgesamt sechs schriftliche (halbseitige) Anträge auf im Jahr 2008 „Zustiftung“ und in den Folgejahren auf „Förderung (Zustiftung)“ von jeweils 150.000 Euro, „um die Aufgaben bestmöglich zu bewältigen und zur effizienten Umsetzung der Stiftungsziele“. Diese sehr allgemein gehaltenen Anträge waren inhaltlich immer gleichlautend und durch die beiden Stiftungsvorstände Mag. E**** H**** und J**** C**** unterzeichnet. Unterlagen, etwa zu mit den beantragten Mitteln geplanten Projekten, waren den Anträgen nicht angeschlossen.

Die Dr. E**** P**** Privatstiftung erhielt in der Folge durch Beschlüsse der Niederösterreichischen Landesregierung jeweils eine „*Subvention aus Landesmitteln*“ zugesprochen. Dabei berief sich die Niederösterreichische Landesregierung bzw. die Abteilung Finanzen F1 auf die Allgemeinen Richtlinien für Förderungen des Landes Niederösterreich.

Obwohl die in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2013 und 2014 eingebrachten schriftlichen Anträge der Privatstiftung auf „Zustiftung“ bzw. „Förderung (Zustiftung)“ lauteten, teilte die Abteilung Finanzen F1 der Privatstiftung entsprechend der Beschlussfassung im Jahr 2008 und 2009 mit, dass die Niederösterreichische Landesregierung eine „*Subvention aus Landesmitteln*“ in Höhe von 150.000 Euro beschlossen habe. In den Folgejahren ergingen trotz gleichlautender Förderungsbeschlüsse der Landesregierung keine zusätzlichen schriftlichen Mitteilungen an die Dr. E**** P**** Privatstiftung über die erfolgten Beschlussfassungen.

Die Niederösterreichische Landesregierung sprach der Dr. E**** P**** Privatstiftung für deren satzungsgemäße Aufgaben in Regierungsbeschlüssen vom 16. Dezember 2008, 21. Dezember 2009, 21. Dezember 2010, 20. Dezember 2011, 19. März 2013, 17. Dezember 2013, 16. Dezember 2014, 22. Dezember 2015 und 20. Dezember 2016 Subventionen in der Höhe von jeweils 150.000 Euro, somit insgesamt 1,35 Mio. Euro zu.

In den Jahren 2012, 2015 und 2016 lagen den gefassten Regierungsbeschlüssen keine schriftlichen Ansuchen der Privatstiftung zugrunde.

Am 5. Mai 2010 überwies die Niederösterreichische Landesregierung einen Betrag von 300.000 Euro auf das Konto der Privatstiftung, der im Rechnungsabschluss unter dem Haushaltsansatz 1**** „Fonds, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderungsausgaben, Ermessenausgaben, Zuwendungen an private gemeinnützige

Einrichtungen“ ausgewiesen wurde. Dieser Haushaltsansatz ist als Sammelkonto für „Vereine Subventionen“ zu verstehen. Ein Personenkonto lautend auf „Dr. E**** P**** Privatstiftung“ wurde in der Landesbuchhaltung nicht angelegt. Die Zahlungsanweisungen gingen dabei von der Abteilung Finanzen F1 an die Landesbuchhaltung. Im Anweisungsakt der Abteilung Finanzen F1 (F1****) ist festgehalten, dass nach Aufforderung aus dem Büro des Landeshauptmanns der Betrag in der Höhe von 300.000 Euro auf das Konto der Privatstiftung Nr. 4**** bei der R**** N****-W**** (BLZ 3****) überwiesen werden und der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung im Nachhinein erfolgen soll.

Eine Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der an die Privatstiftung durch die Niederösterreichische Landesregierung überwiesenen 300.000 Euro erfolgte nicht.

Die darüber hinaus von der Niederösterreichischen Landesregierung bis Ende 2016 bewilligte Förderung in der Höhe von 1,05 Mio. Euro (7 x 150.000 Euro) gelangte nicht zur Auszahlung, hätte jedoch aufgrund der gefassten Vorratsbeschlüsse jederzeit von der Dr. E**** P**** Privatstiftung abgerufen werden können.

Anfang Jänner 2017 erschien in der Wochenzeitschrift „D**** F****“ (1-2/2017) ein umfangreicher Bericht zur Dr. E**** P**** Privatstiftung, der sich sehr kritisch mit den anonym an Dr. E**** P**** gespendeten und in der Folge als Stiftungsvermögen in die Privatstiftung eingebrachten 150.000 Euro sowie den sodann jährlich von der Niederösterreichischen Landesregierung bewilligten Förderungen auseinandersetzte.

Zu den medial kolportierten Vorwürfen gegen die Dr. E**** P**** Privatstiftung schrieb die Präsidentin des Niederösterreichischen Landesrechnungshofes Dr. E**** G**** bereits am 12. Jänner 2017 in Beantwortung eines am Vortag an sie ergangenen Ersuchens des Präsidenten des Landtags von Niederösterreich Ing. H**** P****, dass *der Landesrechnungshof eine „missbräuchliche“ Anweisung bzw. Auszahlung von Landesmitteln aufgrund der ihm vorliegenden Unterlagen nicht sehe und daraus ebenso wenig eine missbräuchliche Verwendung der Landesmittel erkennen könne.*

Zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt im Frühjahr 2017 trat der Steuerberater der Dr. E**** P**** Privatstiftung Mag. H**** H**** von der H**** H**** & PARTNER Wirtschaftsprüfungs Ges.m.H. (in der Folge kurz: H****) zunächst telefonisch an das zuständige Finanzamt 1/23 heran, weil sich die Privatstiftung auflösen wollte.

Die Frage der Besteuerung bei Auflösung wurde in der Folge in einem internen E-Mail der zuständigen Sachbearbeiterin des Finanzamtes 1/23 Fachexpertin Mag. C**** F**** an ihren Vorgesetzten Fachvorstand Mag. C**** S**** vom 4. April 2017 thematisiert. Zur abschließenden Beurteilung der Steuerschuld waren Fragen der Klassifizierung von Vermögenseingängen bzw. -ausgängen sowie der Status der Gemeinnützigkeit der

Privatstiftung von Relevanz: Im Unterschied zu Subventionen gelten Zustiftungen als nachträgliche Vermögenswidmungen durch Dritte und zählen zum zweckgebunden Eigenkapital. Sie sind daher nach dem Privatstiftungsgesetz anders zu behandeln als Förderungen, was auch steuerrechtliche Auswirkungen haben kann.

Mit Schreiben vom 10. April 2017 verlangte das Finanzamt 1/23 zusätzliche Unterlagen von H****, um die Höhe der Körperschaftssteuer für die Jahre 2012 bis 2015 bemessen zu können. Insbesondere wurden die Urkunde über die *Zustiftung in der Höhe von 300.000 Euro*, Unterlagen zur Mittelverwendung insbesondere Tätigkeitsberichte, Erläuterungen zur geplanten Auflösung samt Darlegung der Auflösungsgründe abverlangt.

Rund ein Monat später ersuchte die Abteilung Finanzen F1 des Landes Niederösterreich mit Schreiben vom 17. Mai 2017 die Privatstiftung, den überwiesenen Betrag von 300.000 Euro zuzüglich Zinsen von 21.007 Euro (insgesamt daher 321.007 Euro) binnen zwei Wochen an das Land Niederösterreich zu überweisen. Als Grund für die Rückforderung wurde angeführt, dass *laut damaligen Aussagen* der Betrag von 300.000 Euro *für die Umsetzung eines größeren Projektes verwendet* hätte werden sollen, *das Projekt jedoch nicht verwirklicht worden sei*.

Der Landesrechnungshof Niederösterreich prüfte nach Erscheinen der kritischen Medienberichte zur Dr. E**** P**** Privatstiftung die aus dem Teilabschnitt 05908 vergebenen Landesförderungen. Mit dem angeführten Teilabschnitt ist offenbar eine Position des Landesbudgets gemeint. In dem dazu im Juni 2017 veröffentlichten Bericht mit dem Titel „Landesförderung, Teilabschnitt 05908“ (Nr. 7/2017) wurde unter anderem die widmungsgemäße Verwendung der der Dr. E**** P**** Privatstiftung seit ihrer Errichtung vom Land Niederösterreich gewährten finanziellen Förderungen einer Prüfung unterzogen. Dabei stellte der Landesrechnungshof insbesondere fest, dass die Förderungen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgten und hinsichtlich der Dr. E**** P**** Privatstiftung von den Allgemeinen Richtlinien für Förderungen des Landes Niederösterreich abwichen, ohne dass dies in den Regierungsbeschlüssen ausdrücklich ausgesprochen worden wäre. Laut Landesrechnungshof stützte sich das Vorgehen hier auf kein Förderungsgesetz und war zudem mit (im Bericht nicht näher angeführten) Interessenkollisionen behaftet.

Zu den Jahren 2012, 2015 und 2016 merkte der Landesrechnungshof zusätzlich an, dass schriftliche Förderungsansuchen der Privatstiftung in den elektronischen Akten fehlten. Auf einen diesbezüglichen Hinweis habe – so der Bericht weiter - die Abteilung Finanzen F1 dem Landesrechnungshof am 1. März 2017 eine undatierte Bestätigung (eingelangt bei der Abteilung Finanzen F1 am 27. Februar 2017) vorgelegt, wonach sie die Privatstiftung ersucht habe, die Anträge im Namen der Stiftung mündlich bei der

Abteilung Finanzen F1 zu stellen. Die Bestätigung sei von zwei Stiftungsvorständen, die nicht der NÖ Landesregierung angehörten, somit von Mag. E**** H**** und J**** C****, unterfertigt gewesen. Der Landesrechnungshof wertete diesen Vorgang in seinem Bericht explizit als Maßnahme zur nachträglichen Mängelbehebung.

Im offenen Prüfverfahren des Landesrechnungshofes gab die Dr. E**** P**** Privatstiftung der Niederösterreichischen Landesregierung bzw. dem Landesrechnungshof mit Schreiben vom 24. Mai 2017 bekannt, dass sie mangels Realisierbarkeit der „Akademie im ländlichen Raum“ die gewährte Förderung von 300.000 Euro samt Zinsen zurückzahlen und auch auf alle anderen Förderzusagen verzichten werde:

„Da der Hauptzweck der Stiftung, nämlich die Errichtung der Akademie der Förderung des ländlichen Raums, mittelfristig nicht realisierbar erscheint, werden wir die an uns in den Jahren 2009 und 2010 überwiesenen Subventionen in Höhe von insgesamt EUR 300.000,00 samt angefallenen Zinsen an das Amt der NÖ Landesregierung zurückzahlen. Folglich verzichten wir unwiderruflich auch auf die Geltendmachung der in den Folgejahren (also ab 2011) zugesagten Subventionen.“ Die Fertigstellung des Schreibens erfolgte durch die Vorstandsmitglieder Mag. E**** H**** und J**** C****.

Weder in der Stiftungsurkunde noch in den jeweiligen Förderansuchen wurde die „Errichtung einer Akademie der Förderung des ländlichen Raumes in R****“ als (Haupt-)Stiftungszweck erwähnt. Dieser vermeintliche (Haupt-)Stiftungszweck wurde erst nach Bekanntwerden der F****-Recherchen und Erscheinen der ersten kritischen Medienberichterstattung im Jänner 2017 vom damaligen Pressesprecher von Dr. E**** P**** und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Niederösterreich Dr. P**** K**** und dann der Privatstiftung selbst medial bzw. in weiterer Folge – nach Bekanntwerden der Prüfung durch den Landesrechnungshof - im Schreiben vom 24. Mai 2017 zur Bereitschaft, die Rückzahlung vorzunehmen bzw. keine weiteren Förderungen abzurufen, kommuniziert.

In den Unterlagen zur Dr. E**** P**** Privatstiftung finden sich keine Hinweise auf diesen (Haupt-)Stiftungszweck. Insbesondere enthalten die Förderunterlagen keine entsprechende Projektbeschreibung.

Auch konnte nicht festgestellt werden, dass in den rund 10 Jahren des Bestehens der Dr. E**** P**** Privatstiftung Schritte zur Errichtung einer Akademie der Förderung des ländlichen Raums in R**** oder an einem anderen Ort in Niederösterreich gesetzt worden wären. Lediglich mildtätige Zuwendungen an Einzelpersonen wurden aus dem Stiftungsvermögen unterstützt. (Anzumerken ist, dass in den Förderansuchen der Dr. E**** P**** Privatstiftung die Errichtung einer Akademie nicht angeführt war).

Nach der Aufforderung der Abteilung Finanzen F1 des Landes Niederösterreich vom 17. Mai 2017 wurde die Förderung samt Zinsen (insgesamt 321.007 Euro) am 19. Juni 2017 (nach der Übermittlung des vorläufigen Überprüfungsergebnisses des Niederösterreichischen Landesrechnungshofes an die Niederösterreichische Landesregierung am 9. Juni 2017) zurückgezahlt.

Trotz zahlreicher kritischer Passagen zur hinsichtlich der Dr. E**** P**** Privatstiftung angewendeten Förderungsvergabep Praxis kam der Niederösterreichische Landesrechnungshof letztendlich zum Ergebnis, dass es sich bei der ursprünglichen Zahlung des Landes Niederösterreich in der Höhe von 300.000 Euro um eine Förderung (und keine Zustiftung) gehandelt habe. Im Kontext der Stiftungsauflösung wegen Wegfalls des Hauptstiftungszwecks („Akademie für den ländlichen Raum“) bejahte der Landesrechnungshof eine Rückzahlungspflicht der Privatstiftung. Dem Landesrechnungshofbericht entsprechend konnte die Rückzahlung der Förderung samt Zinsen in Höhe von 21.007 Euro (insgesamt daher 321.007 Euro) auf das Hauptkonto des Landes Niederösterreich bei der R**** N**** W**** AG daher als Tilgung einer Verbindlichkeit („Fremdkapital“) eingestuft werden. Damit sei es zu einer zweckmäßigen Bereinigung gekommen, womit ein finanzieller Nachteil für das Land Niederösterreich ausgeschlossen worden sei. Weiters wurde festgehalten, dass die Rückzahlung der 300.000 Euro plus Zinsen „- aus der Sicht der Stiftung – freiwillig“ erfolgt sei.

Am 6. Juni 2017 erging ein Bescheid des Finanzamtes 1/23 an die Dr. E**** P**** Privatstiftung, in welchem darüber informiert wurde, dass mit Prüfungsbeginn 20. Juni 2017 eine Außenprüfung gemäß § 147 Abs 1 BAO (in der Folge kurz: Betriebsprüfung) eingeleitet werde und gegen den Prüfungsauftrag ein abgesondertes Rechtsmittel gemäß § 148 Abs 4 BAO nicht zulässig sei.

Zuständige Sachbearbeiter auf Finanzamtsebene waren F**** M**** und Mag. C**** F**** als dessen fachliche Prüfbegleitung.

Zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt Mitte 2017 wendete sich Mag. W**** S**** an MMag. T**** S**** und beschwerte sich bei ihm emotional darüber, dass es eine Steuerprüfung bei der Dr. E**** P**** Privatstiftung gebe. Mag. W**** S**** äußerte gegenüber MMag. T**** S**** sinngemäß, „das (Anmerkung: die Abgabenprüfung durch die Finanzbehörde) *könne nicht sein*“. Nicht mehr festgestellt werden kann, dass Mag. W**** S**** von MMag. T**** S**** ernstlich eine konkrete parteiliche Handlung, zum Beispiel eine Weisung an die Abgabenbehörden verlangte, die Steuerprüfung nicht durchzuführen oder das Prüfverfahren parteilich in eine bestimmte Richtung zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung zu lenken oder zumindest den Prüfungsausgang in deren Sinne zu beeinflussen. Mag. W**** S**** wandte sich aus parteipolitischen Überlegungen an seinen Parteifreund MMag. T**** S****, weil die Dr. E**** P****

Privatstiftung bereits Gegenstand erheblicher medialer Berichterstattung war und eine Steuerprüfung aus Sicht von Mag. W**** S**** zusätzliche politische Nachteile für die Ö****, insbesondere die Ö**** Niederösterreich bringen könnte. Auch wenn MMag. T**** S**** die Intervention von Mag. W**** S**** so auffasste, dass er die Abgabenbehörden gleichsam in eine Richtung zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung lenken sollte, war sie doch eher eine Beschwerde über das bereits stattfindende Vorgehen der Abgabenbehörde (ein Abgabenprüfungsverfahren war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu diesem Zeitpunkt schon eingeleitet) als ein Einfordern von konkreten parteilichen Amtshandlungen von MMag. T**** S**** oder des prüfenden Finanzamtes.

Mag. W**** S**** ist seit 9. November 2017 Abgeordneter zum Nationalrat und seit 20. Dezember 2017 dessen Präsident. Davor war er (im hier interessierenden Zeitraum) Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich (2009-2016), Mitglied der Landesregierung von Niederösterreich (Landesrat für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden) (2008-2016), Mitglied der Landesregierung von Niederösterreich (Landesrat für Finanzen, Wohnbau und Lebensqualität) (2005-2008) sowie Mitglied der Landesregierung von Niederösterreich (Landesrat für Finanzen, Umwelt und Raumordnung) (1998-2005) (vgl. Biografie zu Mag. W**** S**** auf der Homepage des Parlaments). In seiner Funktion als Landesrat war er in die Vergabe der Förderungen an die Dr. E**** P**** Privatstiftung eingebunden.

MMag. T**** S**** war beginnend mit Ende 2013 Kabinettschef und zudem seit Dezember 2015 zunächst koordinativer bzw. ab 8. Jänner 2018 mit Weisungsbefugnis ausgestatteter Generalsekretär des Bundesministeriums für Finanzen. Damit war er unmittelbarer Vorgesetzter aller Sektionsleiter im BMF und Vorgesetzter aller nachgeordneten Dienststellen. Neben Koordinierungsaufgaben fiel auch die zusammenhängende Behandlung aller zum Wirkungsbereich des Bundesministers für Finanzen gehörenden Geschäfte, insbesondere von strategischen Planungs- und Steuerungsaufgaben (dies bereits ab Dezember 2015) in seinen Zuständigkeitsbereich. Darüber hinaus wurden mit der Geschäfts- und Personaleinteilung wirksam mit 1. Mai 2017 vier Abteilungen aus den Sektionen des BMF ausgegliedert und direkt unmittelbar dem Generalsekretär, damals konkret MMag. T**** S****, unterstellt.

MMag. T**** S**** und Mag. W**** S**** kannten einander lange Jahre aus beruflichem bzw. parteipolitischem (Ö****) Kontext. Sie waren nicht befreundet, jedoch war das Verhältnis von MMag. T**** S**** gegenüber Mag. W**** S**** nicht zuletzt aufgrund dessen bedeutender Position innerhalb der Ö**** und seiner bestimmenden Art, von Respekt und Ehrfurcht gekennzeichnet. Mag. W**** S**** war gegenüber MMag. T**** S**** zu keinem Zeitpunkt formell weisungsbefugt.

Infolge der zeitlich nicht genauer als mit Mitte 2017 eingrenzbaeren Intervention von Mag. W**** S**** nahm MMag. T**** S**** mit dem seit 1. Mai 2017 für die nachgeordnete Finanzverwaltung zuständigen Sektionschef Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA hinsichtlich der Dr. E**** P**** Privatstiftung Kontakt auf. MMag. S**** fragte beim Sektionschef nach, ob es ein Abgabenprüfungsverfahren gebe und teilte ihm mit, dass dieser sich als zuständiger Sektionschef „*das genau anschauen solle, damit es keinen Stress mit NÖ gebe*“. Mit dieser Art der Formulierung machte MMag. T**** S**** SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA darauf aufmerksam, dass die Niederösterreichische Ö**** parteipolitisches Interesse am Steuerprüfungsverfahren der Dr. E**** P**** Privatstiftung hatte und der Sektionschef ein Auge auf dieses Abgabenverfahren haben sollte. MMag. T**** S**** informierte SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA auch darüber, dass Mag. W**** S**** bei ihm interveniert habe.

MMag. T**** S**** wandte sich somit nach und aufgrund der Intervention von Mag. W**** S**** an SC Dipl.-Kfm. E**** M****, der ihm zwar nicht als Sektionschef, aber als stellvertretender Generalsekretär weisungsunterworfen war. MMag. T**** S**** beauftragte SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA, für ihn zu erheben und ihn darüber zu informieren, ob tatsächlich eine solche steuerliche Außenprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung durch die Behörden der Finanzverwaltung stattfindet. Eine formale ausdrückliche Weisung oder auch nur eine versteckte oder informelle Anweisung dahingehend, die Abgabenbehörde, nämlich das zuständige Finanzamt, zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen im Abgabenverfahren zu veranlassen, erteilte MMag. T**** S**** SC Dipl.-Kfm. E**** M**** nicht. Für Dipl.-Kfm. E**** M**** war erkennbar, dass es aufgrund der „Intervention“ von Mag. W**** S**** bei MMag. T**** S**** und der Wortwahl, die der Generalsekretär ihm gegenüber traf, parteipolitische Interessen der Ö**** Niederösterreich gab, die die Steuerprüfung und deren Ausgang auch für die Bundes-Ö**** und die Ressortspitze (Generalsekretär und Bundesminister) politisch bedeutsam machten. Ebenso klar war für MMag. T**** S**** und Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA, dass Mag. W**** S**** und der Ö**** gar keine oder zumindest möglichst geringe Steuernachzahlungen seitens der Dr. E**** P**** Privatstiftung ein Anliegen waren. Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA erhielt von MMag. T**** S**** jedoch keine konkreten Aufträge, die Abgabenprüfung parteilich in eine bestimmte Richtung zu lenken, sondern nur „ein Auge darauf zu haben“ und ihm immer wieder darüber zu berichten, wie der Stand des Verfahrens sei. Insbesondere gab MMag. T**** S**** Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA nicht vor, „*etwas Illegales*“ zu unternehmen. Als Generalsekretär des BMF und Kabinettschef des Finanzministers hatte MMag. T**** S**** die Befugnis, entsprechende Berichte über den Fortgang des gegenständlichen Abgabenverfahrens von Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA anzufordern. Letzterer war ebenfalls als für die Finanzverwaltung zuständiger Sektionschef befugt, sich von den nachgeordneten Dienststellen, das waren zur

damaligen Zeit die örtlich und sachlich zuständigen Finanzämter, so auch das FA 1/23, über einzelne Abgabenvverfahren berichten zu lassen. Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA war unter anderem für die Dienstaufsicht der Regionalmanager der Steuer- und Zollkoordination (SZK) aber auch der bundesweiten Fachbereiche zuständiger Sektionschef (im Internet abrufbare Geschäfts- und Personaleinteilung BMF Stand 1. Mai 2017). Aufgrund der regen medialen Berichterstattung in der Causa Dr. E**** P**** Privatstiftung bestand – neben dem zweifellos vorhandenen parteipolitischen Interesse – auch eine dienstliche Begründung und damit auch Rechtfertigung für diese Informationsbeschaffung betreffend ein einzelnes Abgabenvverfahren. Aufgrund des Auftrages von MMag. T**** S**** trat Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA an das FA 1/23 heran und erkundigte sich nach dem Stand des Verfahrens. Dieser wurde ihm zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt Mitte September 2017 berichtet.

Am 15. September 2017 teilte SC Dipl.-Kfm. E**** M**** MMag. T**** S**** zum Stand des Betriebsprüfungsverfahrens per Chatnachricht Folgendes mit:

*„2.1.1. „Lieber T****, der Steuerberater der E**** P**** Stiftung ist von sich aus (!) auf das Finanzamt zugegangen und wollte mit dem FA die Steuerfragen klären. Es wurde auch mit dem Steuerberater abgestimmt, dass die **Klärung im Rahmen einer Betriebsprüfung** erfolgt. Da die Rechtsfragen (betr Zuwendungen und Zustiftung) nicht eindeutig sind, hat das FA den bundesweiten Fachbereich eingeschalten. Dort **muss es erst geprüft werden**, das dauert... LG E****“ (15.09.2017).“*

Mit dieser Nachricht beantwortete SC Dipl.-Kfm. E**** M**** die Anfrage von MMag. T**** S****, ob und warum es eine Abgabenprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung seitens der Finanzverwaltung gebe.

Einflussnahmen von SC Dipl.-Kfm. E**** M**** oder anderen leitenden Finanzbeamten auf einzelne mit der Betriebsprüfung befasste nachgeordnete Finanzbeamte waren nicht objektivierbar.

Weitere Nachrichten zwischen SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA und MMag. T**** S**** zu diesem Thema finden sich im sichergestellten Datenbestand nicht.

Dass MMag. T**** S**** über SC Dipl.-Kfm. E**** M**** hinaus auch mit anderen ihm gegenüber weisungsgebundenen Beamten in der Steuersache Dr. E**** P**** Privatstiftung Kontakt aufgenommen hätte, um das Anliegen von Mag. W**** S**** umzusetzen, ist nicht belegbar.

Ebenso wenig konnte ermittelt werden, dass SC Dipl.-Kfm. E**** M**** andere ihm weisungsgebundene, für die Betriebsprüfung zuständige Beamte dazu aufforderte, sich parteilich zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung dafür „einzusetzen“, dass die Stiftung möglichst nicht steuerlich geprüft werde, oder zumindest den Prüfungsausgang

zugunsten der Stiftung zu beeinflussen.

Da die Beurteilung der Steuerschulden bei der im Zeitpunkt ihrer Errichtung als gemeinnützig eingestuften Privatstiftung komplexe steuerrechtliche Vorfragen im Zusammenhang mit der Abgrenzung Zustiftung versus Förderung beinhaltet, hatte die Fachexpertin des Finanzamtes 1/23 Mag. C**** F**** am 31. August 2017 tatsächlich den für schwierige Steuerrechtsfragen zuständigen bundesweiten Fachbereich (Fachbereich Einkommens- und Körperschaftsteuer) befasst, wobei die Sacharbeiterin bei ihrer als *dringend* bezeichneten Anfrageformulierung davon ausging, dass die zu prüfende Privatstiftung gemeinnützig sei.

Mag. C**** F**** skizzierte in einem ersten Fragenkomplex eingangs kurz anonymisiert den wesentliche Sachverhalt. Danach warf sie die Frage auf, ob die von der Privatstiftung vom Land Niederösterreich erhaltenen 300.000 Euro als Zustiftung oder als Förderung/Subvention zu behandeln seien. Zusätzlich fragte sie nach den steuerlichen Konsequenzen für eine gemeinnützige Privatstiftung im Falle der Einstufung der (geplanten) Rückzahlung der 300.000 Euro als „Substanzauszahlung“ oder als „Rückzahlung einer Subvention“.

Im zweiten Fragenkomplex erfragte sie, ob die festgestellten faktisch „mildtätigen“ Zuwendungen begünstigungsschädlich wären, in Ansehung der Tatsache, dass es sich bei der geprüften Privatstiftung um eine „gemeinnützige“ Stiftung (Gemeinwohl auf kulturellem Gebiet) handelte.

Den Mitarbeitern des bundesweiten Fachbereiches war klar, dass sich die anonyme Anfrage von Mag. C**** F**** auf die Dr. E**** P**** Privatstiftung bezog.

Am 14. September 2017 konzipierte der in Fragen der steuerlichen Gemeinnützigkeit speziell versierte Leiter des bundesweiten Fachbereichs (ESt/KÖST) Dr. C**** H****, nachdem er sich mit seinem Kollegen im BMF und Spezialisten für Privatstiftungen Dr. A**** B**** ausgetauscht hatte, einen Entwurf zur Beantwortung der Anfrage. Dieser wurde jedoch nicht wie in solchen Fällen üblich an die zuständige Fachabteilung des BMF zu Händen Dr. A**** B**** und Abteilungsleiter Mag. C**** S**** übermittelt, sondern verblieb im bundesweiten Fachbereich, der die Anfrage des FA 1/23 somit zunächst nicht beantwortete. Die nach wie vor offene Anfrage an den bundesweiten Fachbereich wurde von Dr. C**** H**** erst im Frühjahr 2018 infolge einer Nachfrage zum Verfahrensstand und ergänzenden Eingaben des Steuerberaters H**** weiterverfolgt, indem er seinen Erstentwurf überarbeitete.

Erst am 29. Juni 2018 übermittelte der bundesweite Fachbereich eine Beantwortung der Anfrage an die Fachexpertin des Finanzamtes 1/23 Mag. C**** F****.

Im (steuerlichen) Ergebnis entspricht diese Beantwortungsversion materiell dem Entwurf

vom 14. September 2017: Die Zahlung des Landes Niederösterreich in der Höhe von 300.000 Euro an die Dr. E**** P**** Privatstiftung wird erneut als Zustiftung angesehen und die Rückzahlung im Jahr 2017 als steuerfreie Substanzauszahlung eingestuft. Gleichzeitig wird das Vorliegen von Gemeinnützigkeit wieder verneint.

Am 17. Juli 2018 übermittelte Mag. H**** H**** von H**** an Dr. A**** B**** ein E-Mail, in dem er – wie bereits in einer inhaltlich bei den Erledigungsentwürfen unberücksichtigt gebliebenen Eingabe an Dr. C**** H**** im September 2017 - nochmals explizit auf die Einschätzung des Niederösterreichischen Rechnungshofes in seinem im Juni 2017 veröffentlichten Bericht aufmerksam machte, wonach es sich bei der Zuwendung von 300.000 Euro um eine Förderung und nicht um eine Zustiftung gehandelt habe.

Noch bevor die Rechtsansicht des bundesweiten Fachbereiches der Dr. E**** P**** Stiftung als Ergebnis der laufenden Betriebsprüfung kommuniziert wurde, übermittelte der bundesweite Fachbereich dem FA 1/23 am 13. August 2018 eine geänderte Beantwortung zur Anfrage von Mag. C**** F****, die erstere gegenstandslos machte: In dieser kommt der bundesweite Fachbereich unter Heranziehung der Feststellungen im Landesrechnungshofbericht zu dem Ergebnis, dass die Zuwendung der Niederösterreichischen Landesregierung nicht als Zustiftung, sondern als Förderung zu beurteilen ist.

Im Unterschied zur Entwurfsversion vom 14. September 2017 fand der bundesweite Fachbereich in seiner nunmehr finalen Fassung vom 13. August 2018 (wie bereits in jener vom 29. Juni 2018) nur sehr abgeschwächte Worte zum Wegfall des steuerbegünstigten Gemeinnützigkeitsstatus der Dr. E**** P**** Privatstiftung. Diese sprachliche Adaptierung zugunsten der Privatstiftung wurde vom bundesweiten Fachbereich bewusst gewählt, um eine politische Instrumentalisierung des Umstandes, dass die Privatstiftung nicht gemeinnützig war, zu verhindern.

Die Kernaussagen des bundesweiten Fachbereiches in den unterschiedlichen Beantwortungsversionen können im zeitlichen Verlauf wie folgt zusammengefasst werden:

Beantwortung Version vom	Fragenkomplex 1: Zahlung 300 Tsd. Land NÖ – Zustiftung oder Subvention?	Fragenkomplex 2: Rückzahlung (300 Tsd.) an Land NÖ steuerbar?
Entwurf (14.09.2017)	Zustiftung (keine Zweckbindung)	Nicht steuerbar (Substanzauszahlung)
Version 29.06.2018	Zustiftung (keine Zweckbindung)	Nicht steuerbar (Substanzauszahlung)
Version 13.08.2018	Subvention wie Landes-RH Bericht	Nicht steuerbar (Rückzahlung Fremdkapital)

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass der bundesweite Fachbereich in seiner Einschätzung zur Steuerbarkeit der Dr. E**** P**** Privatstiftung hinsichtlich der Rückzahlung der 300.000 Euro an das Land Niederösterreich durchgehend zum steuerrechtlich vertretbaren Ergebnis gelangte, es liege keine Steuerbarkeit der Substanzauszahlungen bzw. der Rückzahlung Fremdkapital an das Land Niederösterreich vor. Somit war auch keine KEST in der Höhe von 27,5% ausgehend von einem Betrag von 300.000 Euro (= 82.500 Euro) durch die Privatstiftung nach Rückzahlung des Betrages an die Niederösterreichische Landesregierung zu entrichten.

Lediglich die aus dem ursprünglichen Stiftungsvermögen über die Jahre erfolgten mildtätigen Zuwendungen an aus Sicht der Privatstiftung förderwürdige Einzelpersonen waren KEST-pflichtig und mit geringen Beträgen zu versteuern, weshalb das Finanzamt 1/23 der Dr. E**** P**** Privatstiftung nach Abschluss der Betriebsprüfung Mitte 2018 für den noch nicht verjährten Zeitraum 2012 bis 2016 eine KEST-Nachzahlung in Höhe von insgesamt 9.908,62 Euro bescheidmäßig vorschrieb.

Mit Beschluss des Stiftungsvorstandes vom 2. Oktober 2018 kam es zur Auflösung der Stiftung gemäß § 35 Abs. 2 Ziffer 2 und 4 PSG und in der Folge zu deren Löschung nach beendeter Abwicklung (vgl. offenes Firmenbuch).

Zuvor stellte das Finanzamt 1/23 der Dr. E**** P**** Privatstiftung am 24. September 2018 eine entsprechende Unbedenklichkeitsbescheinigung aus.

Mag. W**** S**** fragte bei MMag. T**** S**** mehrmals zu nicht mehr feststellbaren Zeitpunkten beginnend mit Mitte 2017 nach dem Stand der Abgabenprüfung nach, wobei weder Inhalt noch Detailgrad der Nachfragen objektivierbar sind. MMag. T**** S**** gab Mag. W**** S**** keine Details des Steuerverfahrens bekannt, sondern sagte ihm nur, dass er bzw. „*wir uns darum kümmern*“.

Es kann nicht belegt werden, dass Mag. W**** S**** versucht hat, MMag. T**** S**** zur Preisgabe von konkreten Amtsgeheimnissen anzustiften oder dass MMag. T**** S**** ihm solche weitergegeben hat. Die Abgabenprüfung an sich und deren Anhängigkeit (auch beim bundesweiten Fachbereich) war beiden Beschuldigten bekannt; über die laufende Prüfung war auch medial berichtet worden.

Es gibt keine Anhaltspunkte oder gar Beweisergebnisse, dass MMag. T**** S**** Mag. W**** S**** vorab über das Ergebnis der Betriebsprüfung informiert hätte.

Würdigung der Ermittlungsergebnisse

Die Sachverhaltsannahmen stützen sich auf die Ermittlungsergebnisse, insbesondere auf die Beantwortung des Amtshilfeersuchens der WKStA durch das Bundesministerium für Finanzen vom 9. Jänner 2024, den Amtsvermerk „BMF Unterlagen P**** Stiftung“ vom 15. Jänner 2024, die Aussage von MMag. T**** S**** vom 21. Juni 2022 als Beschuldigter im ha Ermittlungsverfahren AZ 1**** und seine ergänzenden schriftlichen Eingaben jeweils vom 28. November 2022, die Zeugenvernehmungen von Mag. C**** F**** vom 14. März 2024 und durch diese am 18. April 2024 übermittelte Unterlagen und von Dr. C**** H**** vom 17. April 2024 sowie auf die ergänzende Vernehmung von MMag. T**** S**** als Beschuldigter am 11. April 2024 in Zusammenhalt mit dem im Juni 2017 veröffentlichten Bericht des Landesrechnungshofes Niederösterreich und dem Bericht des Wirtschaftsexperten der WKStA Mag. A**** E**** vom 29. Mai 2024.

Die Angaben von MMag. T**** S**** zur Intervention von Mag. W**** S**** hinsichtlich der Betriebsprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung sind grundsätzlich glaubwürdig, schließlich belastete dieser durch seine Ausführungen nicht nur Mag. W**** S****, sondern zunächst auch sich selbst. Zudem konnte er durch eine an ihn im inkriminierten Zeitraum gerichtete Chatnachricht von SC Dipl.-Kfm. E**** M**** vom 15. September 2017 belegen, dass er sich bei diesem zumindest nach dem Stand des Betriebsprüfungsverfahrens erkundigt hatte, weil die Nachricht von SC Dipl.-Kfm. E**** M**** eindeutig als Antwort auf eine Frage von MMag. T**** S**** erkennbar ist. Auch die (oben durch die Schilderung der Funktionen ausgeführte und allgemein bekannte) tiefe Verwurzelung von Mag. W**** S**** in der niederösterreichischen Landespolitik im Allgemeinen und in der niederösterreichischen V**** im Besonderen spricht für die Angaben von MMag. T**** S****, dass gerade Mag. W**** S**** in der Causa Dr. E**** P**** Privatstiftung bei ihm interveniert hat, denn die Berichterstattung in dieser Sache war im beginnenden Wahlkampf des Jahres 2017 für die Niederösterreichische V**** von großer Relevanz. Da Mag. W**** S**** in seiner Funktion als Finanzlandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter jahrelang aktiv in die Vergabe der Förderungen an die Dr. E**** P**** Privatstiftung eingebunden gewesen war, zu der jeweils Beschlüsse der NÖ Landesregierung erfolgten, und bereits in dieser Zeit berufliche Überschneidungen und eine gewisse Vertrautheit zum ihm parteipolitisch verbundenen deutlich jüngeren MMag. T**** S**** bestanden, ist durchaus nachvollziehbar, dass sich Mag. W**** S**** mit seinem Anliegen an den mittlerweile höchsten Beamten im Finanzressort, Kabinettschef und Generalsekretär MMag. T**** S****, wendete: Schließlich drohte der Dr. E**** P**** Privatstiftung Mitte 2017 im Zusammenhang mit der Rückzahlung der Zuwendung durch das Land Niederösterreich im nachteiligsten Fall eine Steuernachzahlung von rund 80.000 Euro. Seit der Veröffentlichung des „F****“-Berichtes standen aber nicht nur die Privatstiftung und ihre Vorstände, allen voran Dr. E**** P****, im medialen Fokus. Auch die Niederösterreichische Landesregierung und

ihre Förderpraxis standen nicht zuletzt aufgrund des Niederösterreichischen Landesrechnungshofberichts in der Kritik. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus lebensnah, dass Mag. W**** S**** versuchte, beim hochrangigen Sektionschef bzw. Generalsekretär des BMF, MMag. T**** S****, zu intervenieren, um seinen Unmut über die laufende Betriebsprüfung auszudrücken. Eindrücklich schilderte MMag. T**** S**** seinen Respekt für den an beruflicher und politischer Erfahrung reichen Mag. W**** S**** sowie dessen bestimmende Art. Auch wenn Mag. W**** S**** gegenüber MMag. T**** S**** zu keinem Zeitpunkt weisungsbefugt war, bestand doch bereits bei ihrem ersten Kontakt – MMag. T**** S**** war damals ein junger Mitarbeiter im Kabinett von Außenminister Dr. M**** S**** – ein eindeutiges Über- und Unterordnungsverhältnis, welches letztendlich auch die Intervention von Mag. W**** S**** bei dem zwischenzeitig im BMF in eine Führungsposition avancierten MMag. T**** S**** glaubhaft machte. Zu keinem Zeitpunkt erweckte MMag. T**** S**** den Eindruck, Mag. W**** S**** undifferenziert belasten zu wollen. Im Gegenteil, MMag. T**** S**** machte – auch aufgrund des lange zurückliegenden Deliktszeitraumes – teils vage Angaben, blieb aber konsequent dabei, dass Mag. W**** S**** in Bezug auf die Betriebsprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung wie bereits in seiner ersten Aussage im Juni 2022 dargestellt interveniert habe. Wie aus der von MMag. T**** S**** vorgelegten Chatnachricht von SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA vom 15. September 2017 ersichtlich, holte der Beschuldigte auch tatsächlich zum Stand der Betriebsprüfung SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA Erkundigungen ein. Auch wenn es sich bei dem dokumentierten Austausch lediglich um Informationen zum Verfahrensstatus handelt, ist doch MMag. T**** S**** zu folgen, dass bei ihm der Eindruck entstand, es gehe Mag. W**** S**** letztendlich um mehr, nämlich um eine Intervention im Sinne einer nicht sachgerechten Beeinflussung der Betriebsprüfung.

Am Beginn der diesbezüglichen Aussagen von MMag. T**** S**** stehen dessen Angaben vom 21. Juni 2022, wonach Mag. W**** S**** bei ihm interveniert habe, dass es betreffend die Dr. E**** P**** Privatstiftung eine Steuerprüfung gäbe und *„dass das nicht sein könne. Es sei zu erledigen. Er habe diese Information im BMF entweder an Kabinettsmitarbeiter oder an Sektionschefs weiter gegeben. Es ist dann im Sinne von Mag. S**** erledigt worden“*. Diese eher vagen Angaben hat MMag. T**** S**** dann in einer schriftlichen Stellungnahme insoweit ergänzt, als er unter Bezugnahme auf die oben genannte Chatnachricht von SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA und einen Medienartikel ausdrücklich festhielt, dass ihm – ungeachtet eines Irrtums bei der zeitlichen Einordnung – *„eine Intervention durch Mag. S**** im Zusammenhang mit der E**** P**** Stiftung eindeutig rememberlich sei, woraufhin er die ihm von Mag. S**** mitgeteilte Information, wonach es nicht sein könne, dass die Stiftung überhaupt geprüft werde und die*

*Angelegenheit im Sinne von Mag. S**** - sprich auf unsachlichen Kriterien basierend zu erledigen sei, an Mitarbeiter des BMF weitergegeben habe.“*

Schon in seiner damaligen ergänzenden Stellungnahme führte MMag. T**** S**** aus, dass ihm weitere konkrete Vorkommnisse in diesem Zusammenhang nicht mehr in Erinnerung seien.

In seiner Beschuldigtenvernehmung am 11. April 2024 gab MMag. T**** S**** schließlich an, er könne sich nicht mehr erinnern, ob der Kontakt mit Mag. W**** S**** mündlich persönlich oder telefonisch stattgefunden habe; auch sei ihm eine nähere zeitliche Einordnung aus der Erinnerung nicht mehr möglich. Es *„sei genau um das Thema gegangen, dass es nicht sein könne, dass hier eine Steuerprüfung stattfinde, was ihm Mag. S**** sehr emotional und lebhaft mitgeteilt habe“*.

Näher dazu gefragt führte MMag. T**** S**** aus:

*„Bei solchen Interventionen, wie der gegenständlichen, habe ich in der Regel diese Dinge an E**** M**** weitergegeben mit der Bitte, sich das anzuschauen und das auch so zu erledigen, dass wir keinen Stress in NÖ haben.*

*Ich kann mich nicht mehr so genau erinnern, jedenfalls habe ich zu E**** M**** gesagt, dass er sich das genau anschauen solle, damit es keinen Stress mit NÖ gibt und ob man das Thema irgendwie beenden kann. In Details habe ich mich nicht eingebracht.*

Was in weiterer Folge passiert ist, wie viele Interventionen es gegeben hat, auf unterer Ebene, weiß ich nicht. Ich kann auch nicht angeben, ob die Sache zu Recht im Sinne der EP PS erledigt wurde.“

MMag. S**** führte aber auch aus, dass er *„das nur an E**** M**** weitergegeben habe, dem nach dem Gespräch klar gewesen sei, wie die Erwartungshaltung von Mag. S**** hinsichtlich der Steuerprüfung bzw. deren Ausgang gewesen sei, er habe ihm aber nicht vorgegeben etwas Illegales zu machen“*.

Ausgehend von diesen Darstellungen von MMag. T**** S**** ist festzuhalten, dass seine Angaben über die Intervention von Mag. W**** S**** in Sachen „Abgabenprüfung Dr. E**** P**** Privatstiftung“ grundsätzlich richtig und nachvollziehbar waren. Dass diese Angaben so lange Zeit nach der Intervention, die im Gegensatz zu anderen Angelegenheiten wie der „Steuercausa S**** W****“ oder dem „B****-Ö****-Tool“, von eher untergeordneter Bedeutung war, nicht mehr detailliert erfolgen konnten, ist ebenso plausibel und verständlich und untermauert insbesondere angesichts des Umstandes, dass die Intervention schon mehr als fünf Jahre zurückliegt, die Authentizität seiner Angaben. Ebenso nachvollziehbar ist die Darstellung von MMag. T**** S****, dass sich Mag. W**** S**** bei ihm über die Steuerprüfung beschwert und in diesem

Zusammenhang geäußert habe, dass das nicht sein könne, aber keine konkreten Handlungen von MMag. T**** S**** gefordert habe.

Ansichts der nicht mehr detaillierten Erinnerung von MMag. T**** S**** und des Umstandes, dass Mag. W**** S**** öffentlich in Medien alle Vorwürfe zurückgewiesen hat, ist – vor allem im Hinblick auf die hohen Anforderungen, die die Gerichte in den letzten Jahren für einen Schuldbeweis insbesondere betreffend die subjektive Tatseite bei Amtsdelikten stellen – jedenfalls im Zweifel zugunsten von Mag. W**** S**** davon auszugehen, dass seine Intervention in Sachen Dr. E**** P**** Privatstiftung eben eine Beschwerde bzw. Unmutsäußerung über die bereits laufende Betriebsprüfung der Abgabenbehörde war und kein Einfordern von konkreten parteilichen Amtshandlungen von MMag. T**** S**** oder des prüfenden Finanzamtes, auch wenn dies bei MMag. T**** S**** so angekommen sein dürfte.

Das Ermittlungsverfahren ergab keine Belege dafür, dass MMag. T**** S**** seine Befugnisse missbrauchte, um den Wunsch von Mag. W**** S**** umzusetzen, sondern eben nur, dass er Informationen von SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA einholte. Auch wenn MMag. T**** S**** „*Stress mit NÖ*“ vermeiden wollte und fragte, „*ob man das Thema irgendwie beenden könne*“, was schon aufgrund der Formulierung unsachliche Beweggründe nahelegt, so hat er doch seine Befugnis, SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA eine konkrete oder versteckte Weisung dahingehend zu erteilen, die Steuerprüfung in eine bestimmte Richtung unsachlich zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung zu lenken, nicht missbraucht, sondern – zumindest nachweislich – „bloß“ auf die politische Brisanz dieser Steuerprüfung verwiesen. Damit im Einklang steht gegenständlich auch der Umstand, dass die Wortwahl in den Enderledigungen des bundesweiten Fachbereiches im Abgabenverfahren der Dr. E**** P**** Privatstiftung im Juni 2018 und August 2018 aus politischen Gründen in der Schärfe der Formulierung (jedoch nicht inhaltlich) abgeschwächt wurde.

Eine Einflussnahme von MMag. T**** S**** oder SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA auf die in der Steuersache auf Finanzamtsebene befasste Sachbearbeiterin Mag. C**** F**** oder auf den Experten des bundesweiten Fachbereiches Dr. C**** H**** wurde von beiden Zeugen glaubwürdig in Abrede gestellt und konnte damit nicht objektiviert werden. Auch MMag. T**** S**** bestätigte, nicht mit anderen Mitarbeitern aus der Finanzverwaltung direkt kommuniziert zu haben.

Damit in Übereinstimmung zeigt der im Bericht des Wirtschaftsexperten der WKStA vom 29. Mai 2024 schlüssig dargelegte Verlauf der Betriebsprüfung, dass die Steuerfrage auf allen Ebenen durchgehend rechtskonform im Rahmen des zustehenden Ermessens gelöst wurde und dass die am 19. Juni 2017 durch die Dr. E**** P**** Privatstiftung erfolgte Rückzahlung des Betrages von 300.000 Euro an das Land Niederösterreich

keine Pflicht zur Entrichtung von Kapitalertragssteuer auslöste.

Der klaren Analyse des Wirtschaftsexperten folgend war für die Frage der Steuerbarkeit der an die Dr. E**** P**** vom Land Niederösterreich geflossenen Beträge nämlich nicht der Umstand, ob es sich dabei um Förderungen/Subventionen oder um Zustiftungen handelte, entscheidend. Die Beurteilung der Steuerschuld war vielmehr an den Status der Gemeinnützigkeit der Privatstiftung, der dieser in der Phase ihrer Errichtung zuerkannt worden war, geknüpft. Die steuerliche Gemeinnützigkeit war der Dr. E**** P**** Privatstiftung aufgrund des in der Stiftungsurkunde festgelegten Stiftungszwecks laut BAO ursprünglich zuerkannt worden, fiel jedoch über die Jahre weg, weil die konkrete Umsetzung der Förderung des begünstigten Zwecks mangelhaft war. Im Entwurf des bundesweiten Fachbereichs vom 14. September 2017 wurde detailliert ausgeführt, dass die steuerliche Gemeinnützigkeit in allen (geprüften) Veranlagungszeiträumen wegfiel, weil die Satzung der Stiftung die rein finanzielle Unterstützung von Projekten nur bis zu 10% des jeweiligen Jahresüberschusses vorsah. Nachdem die Projektzahlungen der Privatstiftung ab 2008 begannen, ist davon auszugehen, dass ab diesem Zeitraum die Voraussetzungen für die steuerliche Gemeinnützigkeit nicht mehr bestanden. Der Prüfungszeitraum der Außenprüfung lag zwischen 2011 bis 2015.

Bei der Dr. E**** P**** Privatstiftung handelte es sich demnach im hier relevanten Zeitpunkt der Rückzahlung der 300.000 Euro an das Land Niederösterreich im Juni 2017 um eine eigennützige Privatstiftung, was auch die Experten des bundesweiten Fachbereiches in ihren jeweiligen Entscheidungsentwürfen/-varianten entsprechend festhielten. Auch wenn somit, wie vom Wirtschaftsexperten der WKStA trotz höchst komplexer steuerrechtlicher Fragestellungen äußerst klar in seinem Bericht dargelegt, in den drei Beantwortungsversionen des bundesweiten Fachbereiches unterschiedliche Einschätzungen zur Frage „Zustiftung“ (Entwurf 14. September 2017 und Version 29. Juni 2017) versus „Subvention“ (Version 13. August 2017) getroffen wurden, so ändert dies nichts daran, dass die Rückzahlung nicht steuerbar ist. Lediglich die aus dem ursprünglichen Stiftungsvermögen über die Jahre erfolgten mildtätigen Zuwendungen an aus Sicht der Privatstiftung förderwürdige Einzelpersonen waren daher KEST-pflichtig und entsprechend zu versteuern, was jedoch von H**** zu Beginn der Betriebsprüfung in einem Schreiben an den bundesweiten Fachbereich vom 4. September 2017 bestritten wurde. Selbst der auf Fragen der steuerlichen Gemeinnützigkeit spezialisierte Leiter des bundesweiten Fachbereiches ESt/KÖSt Dr. C**** H**** räumte in seiner Vernehmung als Zeuge ein, dass die Klärung der Steuerpflicht der Dr. E**** P**** Privatstiftung auch für ihn selbst schwierig war, da es sich nicht um eine alltägliche Rechtsfrage handelte, er über keine hinreichende Expertise im Bereich des Stiftungsrechts verfügte und daher laufend mit seinem Kollegen im BMF, dem

Stiftungsexperten Dr. A**** B****, im Austausch stand.

Dass die steuerrechtliche Einordnung der Dr. E**** P**** Privatstiftung die Lösung komplexer Rechtsfragen beinhaltete, zeigt bereits der Umstand, dass gleich zu Beginn der Betriebsprüfung vom zuständigen Finanzamt eine Anfrage an den bundesweiten Fachbereich gestellt wurde.

Eine Zusammenschau aller Ermittlungsergebnisse mit der Analyse des Wirtschaftsexperten der WKStA lässt keine unsachgemäße Lösung der steuerrechtlichen Fragen durch die befassten Finanzbeamten erkennen. Die Steuerschuld wurde gesetzeskonform bemessen und der Dr. E**** P**** Privatstiftung vorgeschrieben. Dass hier von den Experten des bundesweiten Fachbereichs in den drei Versionen wechselnde Einschätzungen bezüglich Zustiftung oder Förderung getroffen wurden, vermag an der jeweils festgestellten Steuerschuld nichts zu ändern.

Ebenso wie die sprachliche Abschwächung der mangelnden Gemeinnützigkeit wirkt sich auch die Übernahme der Einschätzung des Niederösterreichischen Landesrechnungshofes, wonach Förderungen, nicht Zustiftungen gewährt wurden, formal zugunsten der Privatstiftung und ihrer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit aus. Das räumte auch der Zeuge Dr. C**** H**** ein, indem er ausführte, dass man die Wortwahl in den Enderledigungen Juni 2018 und August 2018 abgeschwächt habe, um eine politische Instrumentalisierung des Umstandes, das die Dr. E**** P**** Privatstiftung *nicht* gemeinnützig war, zu verhindern.

An der mangelnden Steuerbarkeit der Rückzahlung von 300.000 Euro samt Zinsen, der Richtigkeit der Vorschreibung der noch nicht verjährten KEST-Nachzahlung in Höhe von insgesamt 9.908,62 Euro und der Rechtmäßigkeit des Ablaufs des Betriebsprüfungsverfahrens als solches ändern die oben dargestellten Umstände nichts.

Rechtliche Erwägungen

Ad MMag. T**** S****.

Gegen den Beamten MMag. T**** S**** bestand nach § 302 Abs 1 StGB der Verdacht, er habe seine Befugnis wissentlich missbraucht, indem er SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA und andere bislang unbekannte Mitarbeiter des BMF aus unsachlichen Beweggründen kontaktierte und aufforderte, sich parteilich zugunsten der Dr. E**** P**** Privatstiftung dafür „einzusetzen“, dass die Stiftung möglichst nicht steuerlich geprüft werde, oder zumindest den Prüfungsausgang zugunsten der Stiftung zu beeinflussen, wobei ein nicht exakt bestimmbarer aber 50.000 Euro jedenfalls übersteigender Schaden herbeigeführt wurde.

Das Ermittlungsverfahren ergab keine Beweise dafür, dass MMag. T**** S**** von SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA oder anderen mit der Betriebsprüfung befassten Finanzbeamten eine unsachgemäße Beeinflussung des Ausgangs des laufenden Prüfverfahrens hinsichtlich der Dr. E**** P**** Privatstiftung verlangt hätte. Einen strafrechtlich relevanten Fehlgebrauch der eingeräumten Befugnisse hat das Ermittlungsverfahren weder bei MMag. T**** S**** ergeben, noch tat sich im Rahmen der Ermittlungen gegen diesen ein derartiger Anfangsverdacht gegen SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA oder die mit der Betriebsprüfung betrauten Mitarbeiter des Finanzamtes **** und des bundesweiten Fachbereiches auf. Die Finanzbeamten setzten sich intensiv mit den komplexen Fragen der Besteuerung der Privatstiftung auseinander und kamen aufgrund nachvollziehbarer sachlicher Kriterien zur Bemessung der Steuerschuld. Die finale Bewertung der Zuwendung der Niederösterreichischen Landesregierung als Förderung (und nicht als Zustiftung) ist im Einklang mit dem Niederösterreichischen Landesrechnungshofbericht vertretbar; auch die lediglich sprachlich abgeschwächte Formulierung der fehlenden Gemeinnützigkeit bewegt sich im den Beamten eingeräumten Ermessensspielraum.

MMag. T**** S**** hat den Tatbestand des § 302 Abs 1 StGB daher bereits in objektiver Hinsicht nicht verwirklicht, weil ihm in Bezug auf die Betriebsprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung kein Befugnismissbrauch auch nicht durch die Erteilung von ausdrücklichen oder versteckten unsachlichen (An-)Weisungen an SC Dipl.-Kfm. E**** M****, MBA nachgewiesen werden kann. Die Außenprüfung gemäß § 147 Abs 1 BAO wurde sachgerecht durchgeführt und die Republik Österreich daher auch nicht an ihren Vermögensrechten, in ihrem Recht auf Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß § 114 Abs 1 BAO und auf objektive ausschließlich an sachlichen Kriterien orientierte steuerliche Prüfung im Rahmen der Finanzverwaltung geschädigt.

Ad Mag. W**** S****.

§ 302 StGB ist ein unrechtsbezogenes Sonderdelikt. Die Beamtenqualifikation des Täters gehört zu den besonderen persönlichen Eigenschaften, die nach § 14 StGB nicht ausschließlich die Schuld, sondern (auch) das Unrecht der Tat betreffen. § 302 StGB kann daher auch auf Personen angewendet werden, die selbst nicht Beamte sind, aber sich an der strafbaren Handlung des Beamten beteiligen (§ 12 zweiter und dritter Fall StGB). Ihre Strafbarkeit hängt jedoch davon ab, dass der Beamte als Träger der besonderen persönlichen Eigenschaften in bestimmter Weise – nämlich durch vorsätzlichen Fehlgebrauch der Befugnis – an der Tat mitwirkt (17 Os 9/13x; 17 Os 23/13f). Wissentlichkeit muss auch auf der Seite solcher Beteiligten gegeben sein (EvBl 1982/200; ZVR 1983/43 mit Anm *Liebscher*), dh der Extraneus muss wissen (SS

62/125; EvBl 1998/80 = RZ 1998/44: es für gewiss halten), dass der Beamte seine Befugnis vorsätzlich missbraucht (17 Os 23/13f; s auch § 12 Rz 21 und § 153 Rz 19). Bei extranen Beteiligten genügt grundsätzlich laienhaftes Wissen um den Befugnismissbrauch des Beamten (SSt 59/9 = EvBl 1988/104) (vgl. *Fabrizy/Michel-Kwapinski/Oshidari*, StGB¹⁴ § 302 Rz 31).

Da den Ermittlungsergebnissen zufolge weder MMag. T**** S**** noch die für die Betriebsprüfung der Dr. E**** P**** Privatstiftung zuständigen Finanzbeamten ihre Befugnisse missbrauchten, scheidet eine Strafbarkeit von Mag. W**** S**** als Beitragstäter am Missbrauch der Amtsgewalt von MMag. T**** S**** oder anderen Beamten aus.

Die – ebenso zu prüfende – versuchte Bestimmung von MMag. T**** S**** durch Mag. W**** S**** zu missbräuchlicher Ausübung seiner Befugnis kann ebenso infolge der dargestellten Sachverhaltsannahmen (Beschwerde über das Vorgehen der Abgabenbehörden; kein Einfordern von konkreten parteilichen Amtshandlungen von MMag. T**** S**** oder des prüfenden Finanzamtes nachweisbar) nicht mit der für das Strafverfahren erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden.

Das Ermittlungsverfahren gegen MMag. T**** S**** wegen § 302 Abs 1 und Abs 2 zweiter Fall StGB und Mag. W**** S**** wegen §§ 15, 12 zweiter und dritter Fall, 302 Abs 1 und Abs 2 zweiter Fall StGB war daher zur Gänze gemäß § 190 Z 2 StPO einzustellen.